

Pakistans Außenpolitik am Scheideweg

von Jorge Scholz

Nach dem Machtwechsel in Kabul steht Pakistans Außenpolitik am Scheideweg. Der Kollaps der Kabuler Regierung unter Präsident Najibullah hat bereits jetzt für die gesamte Region Folgen von historischer Dimension. Die Machtübernahme durch die Mujahedin markiert einerseits, daß Afghanistan endgültig seine unheilvolle strategische Schlüsselrolle als Konfliktherd aufeinanderprallender Supermachtinteressen abstreifen konnte. Dafür schicken sich nun konkurrierende Regionalmächte wie Iran, Saudi Arabien und Pakistan an, das von den Großen hinterlassene Vakuum auszufüllen.

Ob die von der neuen Regierung ausgerufenen Islamische Republik Afghanistan von einem Bürgerkrieg zwischen den um die Macht in Kabul rivalisierenden Ethnien verschont bleibt, hängt in hohem Maße von der künftigen Afghanistanpolitik der einflußreichen Nachbarstaaten ab. Vor allem für Pakistan stehen dabei vitale Interessen auf dem Spiel, da die Regierung in Islamabad angesichts der eigenen unruhigen nationalen Minderheiten die Sprengkraft eines solchen Konfliktes um die Existenz des eigenen Vielvölkerstaates fürchten lassen muß. Von einer erfolgreichen Befriedung Afghanistans hängt es ab, ob Pakistan von der drückenden Bürde der drei Millionen afghanischen Flüchtlinge befreit wird. Ein politisch stabiles Afghanistan ist auch die Voraussetzung dafür, daß sich für die krisengeschüttelte pakistanische Wirtschaft die an die neuen zentralasiatischen Absatzmärkte geknüpften Hoffnungen tatsächlich erfüllen.

Wie eng die Geschicke Pakistans mit dem unruhigen Nachbarland im Westen verbunden sind, zeigt allein die Tatsache, daß zur offiziellen Jubelfeier der neuen Kabuler Mujahedin-Regierung nahezu das vollständige politische Establishment Pakistans angereist war. Neben Premierminister Sharif zählten auch Armeechef Nawaz und der Chef des pakistanischen Geheimdienstes ISI ('Inter-Services Intelligence') zu den prominenten Gästen. Am Rande sei bemerkt, daß vor allem der mächtige ISI in den vergangenen 14 Jahren in gar nicht so geheimen Operationen den afghanischen Widerstand gegen die sowjetischen Besatzer und die Regierung Najibullah koordiniert und geleitet hat.

Westliche Waffenlieferungen und finanzielle Zuwendungen des Westens an die Mujahedingruppen wurden ebenfalls von den pakistanischen Geheimdienstlern organisiert, was den Verantwortlichen nicht zu unterschätzenden politischen Einfluß verschaffte. Auch die pakistanischen Militärs profitierten von der Spenderfreudigkeit des Westens in den Jahren des Afghanistankrieges, die den Generälen eine beachtliche Rüstungsma-

schinerie bescherte. Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß gelegentlich auch als Mujahedin getarnte reguläre pakistanische Soldaten in die Kämpfe eingriffen. Als formales Koordinationsforum der pakistanischen Afghanistanpolitik diente und dient die sogenannte 'Afghan Cell', der neben Präsident und Premierminister auch die Armee- und Geheimdienstchefs angehören. Hier wurden in Abstimmung mit der im pakistanischen Peshawar residierenden afghanischen Exilregierung alle wichtigen Entscheidungen gefällt.

Entsprechend richtete sich Sharif in seiner Kabuler Rede mit selbstbewußten Worten an die Adresse der neuen afghanischen Führung. Auch in Zukunft scheint Pakistan nicht auf eine Schlüsselposition verzichten zu wollen: Als Gastgeschenk überreichte der pakistanische Premier dem ersten - mittlerweile allerdings wieder abgelösten - Präsidenten Mojaddedi mit einer symbolischen Geste einen Scheck über 250 Millionen Rupien (20 Millionen DM).

Auch auf diplomatischem Parkett hat die gewichtige Rolle Pakistans in Afghanistan betreffenden Fragen in den hektischen Wochen vor der Regierungsbildung Anerkennung gefunden. Angesichts der bereits im Vorfeld angelaufenen emsigen Verhandlungstätigkeit der Pakistani sahen sich die Iraner und Saudis gezwungen, zwecks Wahrung ihrer Interessen hochrangige Unterhändler zu den in Islamabad und Peshawar stattfindenden Beratungen zu entsenden.

Neues Unheil

Auf den ersten Blick scheint sich also die angebliche Erfolgsbilanz pakistanischer Afghanistanpolitik zu bestätigen. Bei genauerem Blick auf die jüngsten Ereignisse zeigt das glänzende Bild jedoch Risse. Tatsächlich braut sich am Hindukusch neues Unheil zusammen: Die Chronologie des Umsturzes beweist, daß Najibullah die Erosion seiner Macht aufgrund gravierender Fehler in seiner Personalpolitik vor allem selbst ausgelöst hat. Nicht pakistanisches Engagement, sondern das Überlaufen bis dahin regierungstreuer mächtiger

Milizführer zu den Mujahedin im Norden des Landes führte zum Zerfall der militärischen Basis des Kabuler Regimes. Den Akteuren in Islamabad und Peshawar blieb nur die Rolle der stauenden Beobachter, als usbekische, tadschikische und ismailitische Milizionäre und Mujahedin eine eindrucksvolle Allianz realpolitischer Vernunft schmiedeten, die unter der Führung von Ahmad Shah Masud das Ende der Herrschaft des Kabuler Potentaten besiegelte. Plötzlich sind Masud und Milizengeneräle wie Dostam und Momin zentrale Figuren im afghanischen Poker um die Macht, allesamt Namen, die in Pakistan niemand ganz oben auf der Rechnung hatte. Damit rächt sich jetzt ein Kardinalfehler pakistanischer Afghanistanpolitik: Zu einseitig hatte man lange alles auf den radikalsten und haßerfülltesten Gegner der Sowjets und des Kabuler Regimes unter den Widerstandskämpfern gesetzt - Gulbuddin Hekmatyar. Darüber wurde der Kontakt zu den jetzt triumphierenden Widerstandsgruppen sträflich vernachlässigt. Hekmatyar und seine 'Hezb-e-Islami' kam via ISI in den Genuß des Löwenanteils der großzügigen westlichen Waffenlieferungen. Sein Ruf als unversöhnlicher islamischer Führer sicherte dem Rebellenführer nicht nur bei Pakistani und Amerikanern, sondern auch bei den finanzkräftigen Saudis die Position eines bevorzugten Günstlings.

Mit dem früheren pakistanischen Diktator Zia ul Haq verbanden Hekmatyar gemeinsame Zielvorstellungen von einer islamischen Gesellschaft. Außerdem erhoffte man sich, daß der pro-pakistanisch eingestellte Hekmatyar als Angehöriger des Volkes der Paschtunen auch zur Identifikationsfigur der traditionell unruhigen Minderheit der in Pakistan lebenden Paschtunen werden könnte, denn die rund 12 Millionen pakistanischen Paschtunen leben überwiegend in der an Afghanistan grenzenden NWFP ('North-West-Frontier-Province'), eine historisch zu Afghanistan gehörende Region, die erst 1893 durch einen Vertrag der Briten mit dem damaligen afghanischen König abgetrennt und dem Britisch-Indischen Kolonialimperium einverleibt

wurde. Die nach dem Leiter jener britisch-afghanischen Grenzkommission als 'Durand-Linie' bezeichnete Grenze durchschneidet seitdem die Territorien vieler paschtunischer Stämme. Afghanistan bereute später diese Grenzziehung und versuchte vergeblich, sie rückgängig zu machen. Vor allem nach der Unabhängigkeit Pakistans, das die 'Durand-Linie' von den Briten als international anerkannte Westgrenze erbt, strebten die Regierenden in Kabul danach, ihren Einfluß auf die NWFP auszudehnen.

Wunschkandidat Hekmatyar

In der NWFP selbst, die von Einheimischen lieber 'Paschtunchwa' genannt wird, ist das regionalistische Bewußtsein sehr ausgeprägt. Das Spektrum der an die Adresse der Zentralregierung in Islamabad gerichteten Forderungen reicht von Autonomie über Eigenstaatlichkeit bis hin zum Anschluß an Afghanistan. Nach dem Kalkül der pakistanischen Politstrategen sollte Wunschkandidat Hekmatyar als strahlender Sieger im 'Heiligen Krieg' gegen die Sowjets und deren Marionetten-Regime gleich drei Funktionen erfüllen: Als Nachfolger Najibullahs versprach man sich von ihm dauerhaften Einfluß auf die Entwicklungen im Nachbarland, endgültige Klärung der Grenzfrage und Entschärfung des schwelenden Minderheitenkonfliktes. Doch die Internationale Politik machte den Planern einen Strich durch die Rechnung. Bedingt durch den Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens in Nationalstaaten und das Erstarken des Islamismus haben sich auch im Falle Afghanistans Interessen und Ziele der beteiligten Akteure grundlegend gewandelt. Weder den jungen zentralasiatischen Republiken, noch den Russen oder den Amerikanern kann im Kabuler Regierungsamte ein radikaler Islamist wie Hekmatyar in diesen Zeiten recht sein. Auch der Sharif-Administration in Islamabad, die sich bereits der Mullahs in der eigenen Regierung zu erwehren hat, muß inzwischen die Vorstellung eines religiösen Eiferers an der Spitze einer afghanischen Regierung Unbehagen bereiten. Panislamische Visionen haben für die politische Klasse Pakistans angesichts der drohenden Gefahren vorläufig ihre Faszination verloren. Als Gebot der Stunde gilt es, mit einer pragmatischen Politik der Verständigung und des Ausgleichs den Ausbruch eines neuen blutigen Bürgerkrieges zwischen den Ethnien und das Auseinanderbrechen Afghanistans zu verhindern.

Macht bei Tadschiken und Usbeken

Wie ein Blick auf die Hintergründe zeigt, ist dies jedoch auf absehbare Zeit

ein schwieriges Geschäft: Als bedeutsames Nebenprodukt des gelungenen Regierungsumsturzes ist es den persischsprachigen Völkern damit auch gelungen, die in Afghanistan traditionell dominierenden Paschtunen politisch und militärisch von ihrer Spitzenposition zu verdrängen - die größte Macht ist in der Hand von Tadschiken und Usbeken. Auf die Dauer muß dies für die ehrgeizigen Politiker aus den Reihen des Mehrheitsvolkes der Paschtunen ein unerträglicher Zustand sein. Auch für die Führer der pakistanischen Paschtunen ist die gegenwärtige Lage ein herber Rückschlag, da nur ein von Paschtunen regiertes Afghanistan eine starke Verhandlungsposition gegenüber der Bundesregierung in Islamabad gewährleisten kann. Folgerichtig spielt Hekmatyar inzwischen die national-paschtunische Karte, und erntet beiderseits der Grenze den Beifall aller, die sich eine neue paschtunische Hegemonie in Kabul wünschen.

Balutschistan

Dieser gesamt-paschtunische Schluß hat wiederum fatale Folgen für einen anderen ethnischen Dauerkonflikt in Pakistans Südwesten, in Balutschistan. Die ebenfalls nach Unabhängigkeit strebenden Balutschen sind durch die Zuwanderung von Paschtunen aus dem Norden inzwischen zur Minderheit in der eigenen Provinz geworden. Obendrein müssen sie damit leben, daß die Paschtunen Balutschistans für ihre Siedlungsgebiete separaten Provinzstatus fordern. Die Balutschen, die als Minderheit auch im Süden Afghanistans präsent sind, werden jederzeit bereit sein, mit der gegenwärtigen Regierung in Kabul zu paktieren, sobald sich die Paschtunen mit vereinten Kräften gegen diese wenden. Ein inner-afghanischer Krieg der Ethnien könnte sich also schnell auf pakistanisches Gebiet ausdehnen. Eingedenk dieser Zusammenhänge kann der Versuch, Afghanistan dauerhaft zu stabilisieren nur dann gelingen, wenn Hekmatyar in eine Kompromißlösung eingebunden wird. Er besitzt zwar nicht mehr das Potential, um aus eigener Kraft Einfluß auf die Politik der Kabuler Regierung zu nehmen. Ihm ist jedoch die Fähigkeit geblieben, das Land zu spalten.

Afghanische Flüchtlinge in Pakistan

Auch wenn der für kurze Zeit amtierende Präsident Mojaddedi am 1. Mai den Krieg per Dekret als beendet erklärt hat: Noch kann Pakistan nicht darauf hoffen, daß es auf absehbare Zeit von der Bürde drei Millionen afghanischer Flüchtlinge befreit wird. Vor allem die Etablierung des Drogen- und Waffenhandels - der sogenannten Kalaschni-

kow-Kultur - wird den Afghanen angelastet. Tatsächlich ist die zunehmende Kriminalisierung der pakistanischen Gesellschaft als eine Folge des Afghanistankrieges nicht zu übersehen. Vor allem in der 10-Millionen-Metropole Karachi, wo angeblich fast eine Million Afghanen eine zweite Heimat gefunden haben, kam es in der Vergangenheit immer wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen diesen Flüchtlingen und Angehörigen anderer Ethnien. In Peschawar hat der Polizeichef der NWFP soeben eine Statistik veröffentlicht, wonach rund 75 Prozent der in dieser Provinz begangenen Verbrechen von Afghanen verübt worden sind. Die Einheimischen beklagen sich obendrein, daß ihnen die billigeren Arbeitskräfte aus den Flüchtlingslagern die Jobs streitig machen. Zudem kommt den pakistanischen Staat Unterhalt und Verpflegung der Lagerbewohner trotz der Unterstützung seitens der UN und westlicher Hilfsorganisationen teuer zu stehen. Kein Wunder also, daß die Regierung die Wende in Afghanistan zum Anlaß nimmt, um die Flüchtlinge mit finanziellem Anreiz zur Rückkehr zu bewegen. Jeder, der seinen Bezugsschein für Lebensmittelrationen abgibt, erhält dafür an entlang der Grenze errichteten Kontrollposten 3.000 Rupien und 300 Kilogramm Weizen. Viele aber möchten zunächst abwarten, zu groß ist die Angst vor den verminten Straßen und Wegen in Afghanistan und vor einem neuen Bürgerkrieg. Außerdem haben die meisten in den Lagern längst das Zelt mit einem festen Lehmhaus vertauscht - in der Heimat warten in vielen Fällen nur zerstörte Ruinen.

Zentralasiatische Märkte

Ins Stocken geraten sind auch die euphorischen pakistanischen Pläne mit Blick auf die sich öffnenden zentralasiatischen Märkte. Zwar hat man mit den Geschäftspartnern von morgen Abkommen, Verträge und Erklärungen zu wirtschaftlichen Fragen gleich bündelweise unterschrieben, aber die Voraussetzung für einen nennenswerten Handel mit Mittelasien ist, daß die traditionellen Routen via Afghanistan offen sind. Nur so wird Karatschi tatsächlich zum nächstgelegenen Hafen der gesamten Region, wie die Pakistani nicht müde werden, zu werben. Das gleiche gilt für das Projekt einer von Afghanistan, Kasachstan und Pakistan anvisierten Eisenbahnverbindung sowie das Vorhaben einer Stromleitung zwischen Pakistan und Tadschikistan, die durch den afghanischen Wakhan-Korridor führen soll. Als Bilanz bleibt festzuhalten, daß Islamabad trotz düsterer Aussichten alles daran gelegen sein müßte, daß im Land am Hindukusch endlich Frieden einkehrt.